

## Antrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Gabmann,  
Dr. Von Gimborn** und **Dr. Machacek**

betreffend: **Anti-Terror-Paket zum Schutz unserer Bürger**

Auch der Sommer 2016 steht im Zeichen der weltoffenen und brandgefährlichen Willkommenskultur – und des daraus resultierenden Terrors. Mit den tausenden und abertausenden Zuwanderern sind unzählige IS-Terroristen eingeschleust worden, die Folgen sind fatal: Seit November 2015 wurden bereits zehn Terroranschläge verübt, die insgesamt mehr als 250 Todesopfer und hunderte Verletzte gefordert haben. Die jüngsten haben wir noch in schrecklicher Erinnerung: 84 Menschen sterben in Nizza, als ein Schwerlastwagen in eine Menschenmenge rast. Wenige Tage später findet in einer Regionalbahn in Würzburg ein Axtangriff statt, der Täter ruft vorher „Allahu Akbar“, sechs Tage danach wird bei einer Geiselnahme durch IS-Terroristen in einer französischen Kirche einem Priester die Kehle durchgeschnitten. In der ersten August-Woche stand der Terror dann auch in Niederösterreich, Wien und der Steiermark in der Tür, 14 Polizeistationen waren mit entsprechenden Drohungen konfrontiert worden.

Laut dem Dschihadismus-Experten Thomas Schmidinger befindet sich Österreich *„am Beginn eines langen Krieges“*, Terrorismus-Experte Nicolas Stockhammer warnt: *„Dass etwas in Österreich passieren wird, halte ich für ziemlich wahrscheinlich“* und *„Europa wird sich auf einen mindestens 20-jährigen langatmigen und brutalen Kampf einstellen müssen.“*

Es ist allerhöchste Zeit, dieser gefährlichen Entwicklung endlich entgegen zu wirken. Notwendig sind zahlreiche Maßnahmen, welche umgehend – unter Einbeziehung von Experten - umgesetzt werden müssen:

- Anti-Terror-Kurse für Bürger, die Teilnehmer werden im Erkennen, Vermeiden und Einschätzen von Gefahrensituationen geschult. Förderung durch Land NÖ
- Schulungen von Mitarbeitern in Schulen, Krankenhäusern, von Ärzten, öffentlichen Stellen, Ämtern, Verkehrsmittel. Sie sollen in Gefahrensituationen richtig reagieren können. Förderung durch das Land NÖ

- Personelle Aufstockung von Polizei und Geheimdiensten
- Sofortiger Austausch der jetzt noch in den Streifenwägen gelagerten Schutzwesten durch qualitativ hochwertigere personenbezogene, sowie eine umgehende Ausrüstung dieser Autos mit ebenso personenbezogenen kugelsicheren Helmen
- Generelle Überprüfung aller Jugendlichen, die zum Islam konvertieren
- Umfassende Überwachung von islamistischen Vereinen, Moscheen sowie terrorverdächtigen Personen: Im Verdachtsfall ohne zeitraubenden richterlichen Beschluss! Sämtliche Spender und der Verwendungszweck der Gelder müssen offengelegt, alle Zuschüsse durch die öffentliche Hand geprüft werden
- Terrorverdächtige bzw. Syrien-Rückkehrer sofort abschieben, die Staatsbürgerschaft aberkennen
- Grenzkontrollen wieder einführen, zudem eine verstärkte Vernetzung der EU-Länder im Hinblick auf verdächtige Personen inkl. Ein- und Durchreiseverbot
- Verbot von Koranverteilung in der Öffentlichkeit
- Garantierte Anonymität für jene Bürger, die verdächtige Personen(gruppen) zur Anzeige bringen. Deren Daten dürfen ausschließlich den Behörden bekannt sein, kein Rechtsvertreter darf Zugang haben.

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- 1) Der NÖ Landtag spricht sich für ein Anti-Terror-Paket im Sinne der Antragsbegründung aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Wirkungsbereich und in Zusammenarbeit mit dem Bund diese Maßnahmen raschest umzusetzen.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zuzuweisen.